

## **Herausforderung von ganz rechts**

**Feiern zum polnischen Unabhängigkeitstag drohen dem Staat zu entgleiten**

**Von Jens Mattern (epd)**

Polen feiert am 11. November den hundertsten Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Das Jubiläum zieht Rechtsextreme aus ganz Europa an. Besonders umstritten ist ein "Unabhängigkeitsmarsch" von zwei nationalistischen Verbänden.

## Gesellschaft

Warschau (epd). Die Feiern zum hundertsten Jahrestag der polnischen Unabhängigkeit am Sonntag drohen dem Staat zu entgleiten. Denn Rechtsextreme aus ganz Europa wollen das Jubiläum am 11. November nutzen, um in der Hauptstadt Warschau aufzumarschieren.

Kurzfristig hat die Warschauer Bürgermeisterin Hanna Gronkiewicz-Waltz deshalb den geplanten „Unabhängigkeitsmarsch“ von zwei nationalistischen Verbänden verboten. „Warschau hat schon genug unter aggressivem Nationalismus gelitten“, erklärte die Politikerin von der konservativ-liberalen Partei „Bürgerplattform“. Allerdings hat ein Gericht in Warschau am Donnerstagabend das Verbot wieder aufgehoben - zuständig sei die Woiwodschaft, nicht die Stadt, hieß es.

Im vergangenen Jahr hatte der „Unabhängigkeitsmarsch“ etwa 60.000 Teilnehmer aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum angezogen. Der Umzug, auf dem Parolen über die Verteidigung der „weißen Rasse“ skandiert wurden, sorgte international für Schlagzeilen. Organisiert wird die Demonstration seit 2009 vom „Nationalradikalen Lager“ und der „Allpolnischen Jugend“. Die beiden Verbände wurden nach Vorbild der „Falange“ gegründet, der spanischen Faschistenorganisation der 30er Jahre. In diesem Jahr erwarten die Veranstalter rund 200 000 Teilnehmer.

Premierminister Mateusz Morawiecki und Staatspräsident Andrzej Duda hatten nach dem Verbot der Bürgermeisterin einen eigenen Marsch angekündigt, auf dem nur polnische Flaggen gezeigt werden dürfen. Nun wird es zwei Märsche geben, die Trasse ist noch nicht klar.

Ursprünglich hatte die nationalkonservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) selbst dazu aufgerufen, an dem „Unabhängigkeitsmarsch“ teilzunehmen. Nach Berichten aus polnischen Medien, dass dazu auch Neonazigruppen aus ganz Europa und Südafrika in Warschau erwartet werden - darunter die internationale Neonazi-Organisation „Blood and Honor“ -, zog die Partei ihren Aufruf zur Teilnahme zurück. Die Partei begründete dies offiziell damit, dass die Organisatoren andere Fahnen als die polnische Nationalflagge zulassen. „Schnell und rücksichtslos“ werde man durchgreifen, sollten verbotene Symbole auf dem staatlichen Marsch auftauchen, so der Kanzleichef des Premiers.

Am Sonntag wird die Neugründung des Staates durch den Offizier Jozef Pilsudski gefeiert. Der polnische Nationalheld übernahm am 11.11.1918 - zum Ende des Ersten Weltkriegs - in Warschau den Oberbefehl über die polnischen Streitkräfte. Polen war nach der Aufteilung zwischen Preußen, Österreich und Russland Ende des 18. Jahrhunderts 123 Jahre lang von der politischen Landkarte verschwunden gewesen.

Der seit 2009 von den Nationalisten ausgerichtete „Unabhängigkeitsmarsch“ sorgt seit Beginn für Proteste. „Das ist kein Umzug, bei dem Leute zusammen

feiern, sondern einer, der faschistische Ideen verbreitet“, sagt Magdalena Filiks, Vorsitzende des Verbandes „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das Komitee hatte nach dem Wahlsieg der PiS die Proteste gegen deren autoritären Regierungsstil organisiert.

Anna Tatar von der Vereinigung „Nie mehr wieder“ erläutert: Der Marsch sei in den letzten Jahren zur „größten Ansammlung von extremen Nationalisten in Europa“ herangewachsen. „Nie mehr wieder“ beobachtet den Rechtsextremismus in Polen. Derzeit vermerkt die Organisation etwa 30 bis 40 rassistisch motivierte Straftaten im Land pro Monat.

Tatar sieht auch die katholische Kirche in der Verantwortung. Ihr fehle eine mahnende Stimme des Klerus, sagt sie. In Polen hat die katholische Kirche durchaus Einfluss: Ihr gehören mehr als 90 Prozent der Bevölkerung an. Ein Kirchensprecher verweist auf Anfrage auf eine Aussage des Posener Erzbischofs Stanislaw Gadecki, dem Vorsitzenden der polnischen katholischen Bischofskonferenz. Gadecki habe Anfang dieses Jahres den Patriotismus vom Nationalismus klar abgegrenzt.

Der weit einflussreichere Chef des kirchlichen Medienimperiums „Radio Maryja“, Pater Tadeusz Rydzyk, sieht dies jedoch anders: Die Teilnehmer des ultrarechten Umzugs bezeichnet er als „Patrioten“. Das zwischenzeitliche Verbot geißelte er als „Dolchstoß in den Rücken der Nation“.

Die beiden geplanten Demonstrationen stellen auch die Sicherheitskräfte vor Herausforderungen. Denn es stehen nicht genügend Polizisten zur Verfügung - viele Beamte in der Umgebung von Warschau haben sich aus Protest gegen das geringe Gehalt diese Woche krankschreiben lassen. Darum soll nun die Militärpolizei eingesetzt werden. „Das Militär bereitet sich intensiv vor, dass alles sicher und fröhlich wird“, sagte Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Freitag.

## Gesellschaft